

---

## **DPG-Rundbrief – April II 2021**

### **Zur Lage in Jerusalem und Gaza**

Es ist erstaunlich, wie schnell und zugleich wie einäugig das Auswärtige Amt (AA) seine Pressemitteilungen und zu welchen Anlässen herausgibt. Exemplarisch und entlarvend sei hier die AA-Pressemitteilung vom 25.04.2021 zitiert:

#### **Auswärtiges Amt zur Lage in Gaza und Jerusalem**

*Ein Sprecher des Auswärtigen Amts erklärte heute (25.04.) zur Lage in Gaza und Jerusalem:*

*„Die Bundesregierung verurteilt die jüngsten Raketenangriffe aus Gaza auf die israelische Zivilbevölkerung auf das Schärfste; sie sind durch nichts zu rechtfertigen und müssen sofort aufhören.*

*Wir beobachten auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Jerusalem mit Sorge. Besonnenheit und das Bemühen um Deeskalation müssen jetzt Priorität haben. Alle Seiten müssen ihren Beitrag leisten, um die Situation zu de-eskalieren und nicht denjenigen das Feld zu überlassen, die zu Gewalt greifen oder aufrufen. Nur eine politische Lösung des Konflikts wird allen Israelis und Palästinensern auf Dauer ein Leben in Frieden und Sicherheit ermöglichen.*

#### **Hintergrund:**

*In den vergangenen Tagen wurden rund 40 Raketen aus Gaza auf Israel abgefeuert. In Jerusalem ist es in der vergangenen Woche wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.“*

### **Mangelnde Information oder bewusst pro-israelische Darstellung?**

Das Auswärtige Amt verfügt über ausreichende Informationen über alle Ereignisse in Israel, in den besetzten Gebieten und in Gaza. Wenn es nicht so wäre, dann hätte das AA seine Aufgabe wohl verfehlt. Aber warum berichtet das AA nicht über die wahren Hintergründe der Lage in Gaza und Jerusalem?

Das AA wird nicht müde, uns immer wieder zu übermitteln, dass die Bundesregierung die israelische Besetzung der Westjordanlandes nicht anerkennt, dass sie die Annexion Ost-Jerusalems kritisiert und den Siedlungsbau als völkerrechtswidrig zurückweist.

Die Bundesregierung und das AA reagieren allerdings kaum auf die schleichende Annexion in den so genannten C-Gebieten, wie im Jordantal, oder auf die regelrechte Beschlagnahme von palästinensischen Wohnungen in Scheick Al-Jarah, in Silwan, in Hebron und in Betlehem oder auf die aggressiven Vorgehensweisen jüdischer Kolonisten, die in Jerusalem „Tod und Verbrennung den Arabern“ wünschen.

<https://www.972mag.com/jewish-supremacy-violence-jerusalem/>

Zu einer sachlichen Recherche gehört es, die wahren Gründe von Eskalationen zu hinterfragen und objektiv und neutral darüber zu berichten. Schließlich möchten wir als

Bürgerinnen und Bürger sachgerechte Informationen von unserer Bundesregierung erhalten. Darauf haben wir Anspruch. Da dies nicht passiert, informieren wir hiermit selber darüber, was in Jerusalem los ist.

## Was ist los in Jerualem?



Die in den letzten Tagen entstandenen Unruhen in Ost-Jerusalem haben viele Ursachen. Die israelische Regierung hat mehrere Häuser im Viertel Scheick Al-Jarah in Ost-Jerusalem, die einst von der UNRWA für 1948 geflüchtete palästinensische Familien mit Zustimmung der damals verantwortlichen jordanischen Regierung verfügbar gemacht wurden, bauen lassen. Nun behaupten die israelischen Behörden, dass diese Wohnungen unrechtsäßig gebaut worden seien und geräumt werden müssten.

<https://fb.watch/55EqcHSu56/>

Die Bewohner\*innen haben ihre Räumungsbefehle bereits erhalten. Erschwerend kommt hinzu, dass genau an dieser Stelle Wohnungen für jüdische Kolonisten, verhamlosend „Siedler“ genannt, errichtet werden sollen.

Dass die betroffenen palästinensischen Bewohner\*innen eine große Solidarität von ihren Landsleuten im besetzten Gebiet und in Gaza für deren Vertreibung und gegen den verordneten Abriss erhalten, ist wohl mehr als verständlich. Die israelischen Behörden sehen diese Demonstrationen als Gefahr für die „israelische Sicherheit“ und wollen sie mit ihrer Übermacht stoppen.

Selbst in der palästinensischen Altstadt von Jerusalem und vor allem im nahe gelegenen Ort Silwan werden zunehmend arabische Häuser von jüdischen Kolonisten und zwar unter Beobachtung und Überwachung der israelischen Armee regelrecht gestohlen. Diese dringen in die Wohnungen ein, zwingen die Bewohner raus zu gehen und übernehmen deren Hab und Gut.

Die palästinensische Bevölkerung erlebt diese völkerrechtswidrigen Machenschaften seit längerer Zeit und sieht dadurch nicht nur ihre eigene Benachteiligung und Diskriminierung, sondern auch eine Verschiebung der demographischen Entwicklung zugunsten einer jüdischen Mehrheit im völkerrechtswidrig annektierten Ost-Jerusalem. Israel besetzt, annektiert und verändert die Demographie, judaisiert Ost-Jerusalem und ist gerade dabei, alte arabische Straßennamen von Ost-Jerusalem in jüdische Bezeichnungen umzubenennen. Damit wird die arabisch-palästinensische Identität der Stadt dauerhaft gelöscht. Auch dagegen wehren sich die Bewohner\*innen von Ost-Jerusalem.

Anlässlich des Fastenmonats Ramadan erschwerte Israel für moslemische Betende den Zugang in die Moscheen und vor allem zur Al Aqsa Moschee in der arabischen Altstadt von Jerusalem. Die Übergänge zur Moschee wurden unpassierbar gemacht. Zum letzten jüdischen Festtag wurden sogar die Lautsprecher der Moscheen von israelischen Behörden abgekappt, da sie das jüdische Fest nicht „stören“ sollen. Gegen diese Maßnahme haben nicht nur Moslems, sondern auch christliche Persönlichkeiten protestiert, weil sie befürchten, dass ihre Kirchglocken auch bald verstummen müssen. Andererseits kann jeder Tourist jüdische Besucher trommelnd und in voller Lautstärke Trompete blasend erleben.

## Wahlen in Ost-Jerusalem

Die bevorstehenden Parlamentswahlen im besetzten Westjordanland und in Gaza schließen ein, dass die palästinensische Bevölkerung von Ost-Jerusalem an den Wahlen teilnehmen muß. Alle palästinensischen Bewegungen und Parteien bestehen darauf, dass die arabische Bevölkerung von Ost-Jerusalem von Israel nicht daran gehindert wird. Obwohl die USA und die EU sich für die Durchführung von demokratischen Wahlen in Palästina eingesetzt haben, verweigert Israel der in Ost-Jerusalem lebenden palästinensischen Bevölkerung das Wahlrecht.

Wir als DPG sind der Auffassung, dass die Wahlen auf jeden Fall stattfinden müssen, selbst dann wenn Israel diese in Ost-Jerusalem verhindern sollte. Die Wahlen könnten schließlich in den Moscheen und in den Kirchen oder in Räumlichkeiten von EU-Staaten stattfinden. Israel kann und wird Politiker\*innen verhaften, Wähler\*innen durch Straßensperren und andere Schikanen an der Wahl hindern, jedoch nicht wagen, Wahlen mit Gewalt aus den Moscheen und den Kirchen zu entfernen.

## Sprengstoff für Widerstand und Protest

Um die Eskalation in Jerusalem einigermaßen zu verstehen, sollte man alle Faktoren und nicht lediglich einen Aspekt berücksichtigen, wie es in der Pressemitteilung des AA zum Ausdruck kommt. Um die Lage klarer zu verstehen, muss man sich in die Lage der palästinensischen Bevölkerung versetzen. Wenn die oben beschriebenen Missstände hier in Deutschland vorkämen, dann gebe es auch hier gewiß nicht nur eine Protestwelle! Was würde wohl passieren und wie würde das AA reagieren, wenn Araber eine jüdische Familie aus ihrer Wohnung herauswerfen und sie selbst übernehmen, wenn jüdische Betende durch Araber am Besuch ihrer Synagogen oder an der Ausübung ihres Wahlrechts behindert würden?

## Rassismus und Aufwiegelung in Jerusalem

Als Rassismus und Aufwiegelung umschreibt die israelische Haaretz-Redaktion am 25.04.2021 die Ereignisse in Jerusalem: „Sie sind ein Schandfleck für Israels Führung, für die israelische Polizei und für die israelische Gesellschaft. Hunderte von wütenden Teenagern tobten stundenlang durch das Stadtzentrum, griffen Passanten und Journalisten an, warfen Steine und Flaschen auf Polizisten und skandierten "Tod den Arabern" und andere rassistische Parolen.“ Das AA konzentriert sich auf „Raketen-Beschuss“ der Hamas, den wir selbstverständlich verurteilen, und erwähnt mit keiner Zeile oder einer Stellungnahme die tagelang andauernden israelischen Bombardierungen im Gazastreifen.



A pro-peace protest is held in Jerusalem, following several days of ongoing nationalist violence in the capital, April 24, 2021.

Das AA hat es nicht einmal für wichtig erachtet zu erwähnen, dass es auch gemeinsame Demonstrationen friedenswilliger Israelis und Araber gegen die rassistischen jüdischen rechtsradikalen Siedlergruppen gab. Durch das Eingreifen der israelischen Polizei wurden 105 verletzte Palästinenser\*innen registriert.

<https://www.jpost.com/israel-news/pro-peace-protest-in-jlem-voices-clear-opposition-to-violence-incitement-666236>

Nazih Musharbash, Präsident

Hinweis auf zwei Vorträge  
von **Shir Hever**  
mit Diskussion

<http://nahost-forum-bremen.de/>  
<https://weltnetz.tv/video/2483-decolonizing-israel>  
<https://youtu.be/-tjEAc9nC8M>  
<https://youtu.be/JDV0q6FLfo>